

G 018 DGB-Bundesjugendausschuss

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen in geänderter Fassung

Anpassung der Geringverdienergrenze nach § 20 (3) SGB IV

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB soll die politische Forderung auf eine Änderung des Gesetzestextes in folgender Form an die Bundesregierung stellen:

In § 20 (3) SGB IV soll der bestehende Text

„(3) Der Arbeitgeber trägt abweichend von den besonderen Vorschriften für Beschäftigte für die einzelnen Versicherungszweige den Gesamtsozialversicherungsbeitrag allein, wenn

1. Versicherte, die zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind, ein Arbeitsentgelt erzielen, das auf den Monat bezogen 325 Euro nicht übersteigt, oder (...)“

abgeändert werden und wie folgt lauten:

„(3) Der Arbeitgeber trägt abweichend von den besonderen Vorschriften für Beschäftigte für die einzelnen Versicherungszweige den Gesamtsozialversicherungsbeitrag allein, wenn

1. Versicherte, zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind, ein Arbeitsentgelt erzielen, das auf den Monat bezogen die sogenannte Minijobgrenze (zurzeit 400 Euro) nicht übersteigt.